

Die Rückkehr der rechten Recken

Nach und nach feiern jene FPÖ-Kader, die wegen allzu rechter Umtriebe und unter dem Druck der Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren ausgemustert worden sind, nun ihr Comeback auf der politischen Bühne.

Steffen Arora, Colette M. Schmidt

Wien/Innsbruck/Linz/Graz – Der Spitzenkandidat der FPÖ Innsbruck-Land bei den nächsten Landtagswahlen heißt Patrick Haslwanter. Er steht beispielhaft für den Rechtsruck, der seit geraumer Zeit durch die Partei geht. Haslwanter war 2010 sogar der eigenen Partei zu rechtsextrem. Ex-Landeschef Gerald Hauser schloss ihn sowie weitere damalige Kader des Rings Freiheitlicher Jugend (RFJ) aus der Partei aus. Heute, unter dem neuen Tiroler Landesparteiobmann Markus Abwerzger, ist Haslwanter Bezirksobmann und Spitzenkandidat der FPÖ Innsbruck-Land. Auch David Nagiller, ebenfalls 2010 ausgeschlossen, hält wieder Vorträge am FPÖ-Bildungsinstitut.

Politologe Reinhold Gärtner von der Universität Innsbruck attestiert der Tiroler FPÖ unter Abwerzger einen deutlichen Rechtsruck: „Man hat es gemäßigt versucht und landete bei der Wahl 2013 bei nur neun Prozent. Die politische Mitte in Tirol ist zu voll, nun probiert es die FPÖ wieder am rechten Rand.“ Als „skandalös“



F.: Picturedesk/EXPA/Gruber, APA/Scheriau, Neubauer

Der Grazer FP-Chef Mario Eustacchio hat ebenso wenig Berührungsängste mit dem rechten Rand wie Tirols Landesparteiobmann Markus Abwerzger. Parteichef Heinz-Christian Strache reiste in fragwürdiger Begleitung, die der Linzer FPÖ-Chef Detlef Wimmer gut kennt (v. li.).

bezeichnet Gärtner im Zuge dieser Rückbesinnung auf rechts die Reintegration des FPÖ-Hardliners Werner Königshofer. Er wurde 2011 von Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache persönlich aus der Partei verbannt.

Königshofer hat unter anderem die Neonazi-Website Alpen-Donau.info mit Informationen versorgt und Hetzschriften publiziert. Zuletzt war er bei der Jubiläumsfeier des Tiroler Seniorenringes im Kreise von Abwerzger und dem blauen Landtagsabgeordneten Rudi Federspiel zu sehen.

Doch österreichweit von einem aktuellen Rechtsruck innerhalb der FPÖ zu sprechen, trifft die Sache nicht ganz. Weit rechts stehende Männer, die nun auch an-

derswo an wählbaren Stellen auf Listen auftauchen, viele von ihnen in deutschnationalen Burschenschaften vernetzt, einige mit neonazistischer Vergangenheit, sind eben oft keine Neulinge, sondern Rückkehrer. Nicht selten hat man Freundschaften weitergepflegt, um sie nun wieder ins Licht zu rücken.

Identitäre Freunde in Graz

Etwa in Graz, wo der 2008 wegen Verhetzung verurteilte Michael Winter, Sohn der ehemaligen FPÖ-Parlamentarierin und ebenfalls wegen Verhetzung verurteilten Susanne Winter, für die Gemeinderatswahl im Februar kandidiert. Winter musste damals als RFJ-Obmann zurücktreten, jetzt soll er eine zweite Chance be-

kommen. Ebenso Heinrich Sickl, einst Mitglied bei der neonazistischen Nationalistischen Front.

Der Chef der Grazer FPÖ, Mario Eustacchio, will den jungen Männern ihre „Jugendsünden“ nicht vorhalten. „Das ist ein richtiges Bewährungsteam“, meint dazu Grün-Parlamentarier und Rechts extremismusexperte Karl Öllinger, der an der Läuterung der Männer zweifelt. Immerhin seien sie nicht nur mit Identitären befreundet. Sickl vermietet der rechtsextremen Organisation in Graz sogar die Räumlichkeiten für ihre Headquarters, wie dieser dem STANDARD bestätigte.

Ganz auf einer Linie sind die Blauen bundesweit nicht, wenn es um die Abgrenzung zum rechten Rand geht. Während Eustacchio

die Identitären mehrmals öffentlich verteidigte, hat sich Norbert Hofer im Bundespräsidentenwahlkampf ganz klar von ihnen distanziert.

Dafür hatten Hofer und Parteichef Strache aber interessante Reisebegleitung in Moskau dabei: Der Oberösterreicher Stefan Magnet, vor über zehn Jahren im Führungskader des rechtsextremen Bundes Freier Jugend (BFJ), der eng mit dem rechten Medienprojekt Info-Direkt verbunden ist, war mit von der Partie. Eine Reise übrigens, die den oberösterreichischen FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner nicht gerade begeistert hat. Anders als den FPÖ-Linz-Chef Detlef Wimmer, der den dort unterzeichneten „Kooperationsvertrag“ vorbereitet haben soll.